

## Warten auf Koop

Ursula Braun-Strömer

Die aktuelle Schulreform erfordert ständig zunehmende Verzahnung von Unterricht und Betreuungszeit. Damit steigt auch der Kooperationsbedarf zwischen allen, die an der Organisation und Gestaltung des Schullebens beteiligt sind.

Für die meisten Pädagogischen MitarbeiterInnen bedeutet Kooperation unbezahlte Arbeit, denn laut Vertrag ist „die im Arbeitsvertrag vereinbarte Arbeitszeit identisch mit der Betreuungszeit“.

Immer wieder in den vergangenen Jahren haben die Pädagogischen MitarbeiterInnen eine faire Bezahlung ihres zusätzlich geleisteten Aufwandes gefordert. Ohne Erfolg. Auch bei der Verteilung der Mittel im Rahmen der aktuellen Schulreform wurden sie bisher nicht berücksichtigt. Das haben viele KollegInnen als Missachtung empfunden.

Deshalb forderten sie die Senatorin für Bildung und Wissenschaft in einem Beschluss der Personalversammlung vom 25. September 2009 erneut auf, die zwingend anfallende Kooperationszeit zu entgelten.

Der Personalrat Schulen hat die Forderungen der Pädagogischen MitarbeiterInnen daraufhin gegenüber Vertretern der Parteien, im Gesamtpersonalrat, und im Gespräch mit Behördenvertretern vehement vertreten. Dieser intensive Einsatz, und der Druck den die Pädagogischen Mitarbeiter durch ihre beharrliche Forderung über Jahre entfaltet haben, zeigen nun erstmals Wirkung.

Laut Aussage des Staatsrates in der Bildungsbehörde, Herrn Othmer, sollen die Belange der Pädagogischen MitarbeiterInnen im kommenden Jahr in die Gesamtdebatte der aktuellen Schulreform einbezogen werden.

Konkret heißt das, dass ab der nächsten Legislaturperiode

- die Finanzierung der Kooperationszeiten gleichberechtigt neben anderen Verbesserungen stehen wird, die im Rahmen der Schulreform umgesetzt werden sollen. Dazu gehören unter anderem Inklusion, Funktionsstellen, Ganztagschulen, Oberschulen, Entlastung der Schulleiter etc....
- die Kooperationszeiten stufenweise umgesetzt werden, wenn es keine Kürzungen im Bildungsressort gibt.

Auf ihrer Personalversammlung am 26. April begrüßten die Pädagogischen MitarbeiterInnen diese Aussagen der Behörde. Allerdings war es für die KollegInnen nicht nachvollziehbar, warum die Maßnahmen erst nach den Wahlen im Frühjahr 2011 umgesetzt werden sollen.

Deshalb verabschiedete die Personalversammlung einstimmig einen Beschluss, in dem sie die Senatorin für Bildung auffordert, den Stufenplan zur Umsetzung der Kooperationszeit bis Ende 2010 vorzulegen.

Der Personalrat Schulen wurde beauftragt, sich umgehend für die Umsetzung der Forderung einzusetzen.